

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 11/0183/WP18
Federführende Dienststelle: FB 11 - Fachbereich Personal und Organisation		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 20.05.2024
		Verfasser/in: Kerstin bläsius
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 15.02.2024 (öffentlicher Teil)		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
20.06.2024	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 15.02.2024 (öffentlicher Teil).

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 15.02.2024 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses

28. Februar 2024

Sitzungstermin:	Donnerstag, 15.02.2024
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsfrau Annika Fohn	bis Mitte TOP 6
Ratsfrau Ellen Begolli	
Ratsfrau Relindis Becker	
Ratsfrau Elke Eschweiler	
Ratsfrau Ulla Griepentrog	
Ratsfrau Doris Kurschilgen	
Ratsherr Lars Lübben	
Ratsfrau Sigrid Moselage	
Ratsherr Wolfgang Palm	
Ratsfrau Daniela Parting	
Frau Rita Dautzenberg	
Herr Ludger Eickholt	bis Mitte TOP 6
Herr Hans Keller	Vertretung für: Frau Dr. Jana Keller
Frau Dr. Christiane Michulitz	bis Mitte TOP 6
Frau Ute Nußbaum	
Herr Jannis Pinzek	
Frau Claudia Plum	Vertretung für: Bürgermeisterin Dr. Margrethe Schmeer

Abwesende:

Bürgermeisterin Dr. Margrethe Schmeer	entschuldigt
Frau Dr. Jana Keller	entschuldigt

als Teilnehmende der Verwaltung:

Herr Stephan Baurmann	GPR
Frau Sabine Bausch	FB 01 / GSB
Frau Maike Beckers	FB 11
Frau Christina Borgs	FB 11
Herr Stefan Braunleder	FB 11
Frau Jennifer Buchem	Dez. V
Frau Cornelia Hassiepen	FB 11
Frau Sabine Hefferan	FB 11
Herr Dr. Markus Kremer	Dez. V
Frau Birgit Krott	FB 11
Herr Markus Lennartz	FB 11
Frau Katja Oldenburg	FB 36
Frau Bianca Schröder	FB 20
Frau Melanie Spiegelberg	FB 11
Herr Marcel Windmüller	Dez. V

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 19.12.2023 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 11/0168/WP18

- 3 **Stellenplan 2024 und Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2024 (2. Lesung)**
Vorlage: FB 11/0173/WP18

- 4 **Haushaltsplanberatungen 2024**
Vorlage: FB 11/0172/WP18

- 5 **Bericht zur Personalsituation bei der Stadt Aachen**
Vorlage: FB 11/0171/WP18

- 6 **Personalgewinnung und -bindung -**
ZUSAMMEN.WACHSEN - Das Personalbindungskonzept der Stadt Aachen
Vorlage: FB 11/0170/WP18

- 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) eröffnet um 17:00 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses und begrüßt die Mitglieder. Es werden keine Anträge auf Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung gestellt. Die Ausschussmitglieder beschließen die bestehende Tagesordnung einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 19.12.2023 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 11/0168/WP18

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt bei 4 Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 19.12.2023 (öffentlicher Teil).

zu 3 Stellenplan 2024 und Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2024 (2. Lesung)

Vorlage: FB 11/0173/WP18

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) weist die Mitglieder des Ausschusses vorab auf die gemeinsame Tischvorlage der Fraktionen DIE GRÜNEN und SPD sowie die Tischvorlage der Fraktion DIE LINKE hin.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) erläutert, dass gegenüber dem eingebrachten Stellenplanentwurf 2024 sich die Zahl der vorgeschlagenen Mehrstellen für den Stellenplan 2024, wie bereits in der letzten Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses berichtet, um weitere 1,5 Planstellen im Rahmen der Einführung eines praxisorientierten dualen Studiums „Soziale Arbeit“ in Kooperation mit der Katholischen Hochschule NRW erhöhe. Zudem sei im Bereich der Eigenbetriebe aufgrund der Nachbesetzung einer vakanten Stelle im Aachener Stadtbetrieb mit einer Beamtin bzw. einem Beamten eine formaltechnische Einrichtung einer vollen Stelle im Nachgang erforderlich geworden.

Gleichzeitig ergäben sich Stelleneinsparungen im Umfang von 4,5 Stellen, welche teilweise auf einen nicht genehmigten Fördermittelantrag zurückzuführen seien. Darüber hinaus hätten sich aufgrund der Nachbesetzung von vakanten Funktionen mit Tarifbeschäftigten Einsparungen von insgesamt 3,5

Beamt*innenstellen in Eigenbetrieben ergeben. Die sich hieraus ergebende finanzielle Einsparung in Höhe von 300.000 Euro falle zwar einerseits im Kernstellenplan der Verwaltung an, führe andererseits jedoch in logischer Konsequenz zu Kosten in den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe, sodass man hier natürlich nicht von einer „echten“ Einsparung sprechen könne.

Zusätzlich gebe es, wie bereits eingangs von der Ausschussvorsitzenden Ratsfrau Fohn erwähnt, neben den vorliegenden Tischvorlagen zum Teil noch weitere Empfehlungsbeschlüsse zur Einrichtung von 2,0 zusätzlichen Stellen für Schulsozialarbeit jeweils aus den Sitzungen des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 01.02.2024 und des Kinder- und Jugendausschusses vom 07.02.2024 sowie einen Empfehlungsbeschluss der Bezirksvertretung Aachen-Brand zur Einrichtung von 0,5 Stellenanteilen zur Betreuung bezirklicher schulischer Einrichtungen und Anlagen durch einen oder mehrere Hausmeister*innen, welchem auch der Ausschuss für Schule und Weiterbildung gefolgt sei.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) spricht der Verwaltung für die Stellenplanvorlage ihren Dank aus. Mit Blick auf den letztjährigen Stellenplan habe ihre Fraktion bereits durch ihre Enthaltung deutlich gemacht, dass man einem zum Stellenplan 2023 vergleichbaren Stellenaufwuchs in diesem Jahr nicht hätte zustimmen können. In diesem Jahr erkenne sie an, dass verwaltungsseitig eine ganz tolle Arbeit geleistet worden sei. Man könne natürlich an der ein oder anderen Stelle darüber diskutieren, ob es sich bei den Einsparungen um „echte“ Einsparungen handele. Im Ergebnis habe jedoch jede Dienststelle geschaut, dass sie ihren Bereich, gemessen an den politisch gegebenen Aufgaben, schlank halte. Man könne festhalten, dass die Größenordnung des jetzigen Aufwuchses als normal eingestuft werden könne und somit auch vertretbar sei.

Der Wunsch ihrer Fraktion gehe jedoch noch dahingehend, den Einrichtungsantrag einer halben Hausmeisterstelle aus der Bezirksvertretung Aachen-Brand auf 1,5 Stellen, wie vom Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45) als bedarfsgerecht berechnet, aufzustocken und einzurichten und diese auch mit Blick auf die Sicherstellung einer Vertretung im Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45) zu verorten. Die Verortung sei jedoch selbstverständlich eine Entscheidung, welche die Verwaltung letztendlich zu treffen habe. Abschließend weise sie an dieser Stelle darauf hin, dass noch nicht alle Bezirksvertretungen (Aachen-Eilendorf, Aachen-Haaren und Aachen-Mitte) getagt hätten und sich im Rahmen dieser Sitzungen noch weitere Stelleneinrichtungsempfehlungen zu diesem Themenfeld ergeben könnten.

Ein weiteres Themenfeld ihrer Fraktion sei die Schulsozialarbeit. Die Bedarfsmeldungen aus den Schulen lägen vor und die verwaltungsseitige Überprüfung der Anträge habe einen Bedarf von 9,0 Stellen ergeben. Basierend auf der Beschlussempfehlung des Kinder- und Jugendausschusses zur Stärkung der Schulsozialarbeit in einem Umfang von 2,0 Stellen und dem vorliegenden Koalitionsantrag über die Einrichtung von 2,0 weiteren Stellen für Sozialarbeit, würde ihre Fraktion gerne zwecks Berücksichtigung der vorgenannten ermittelten Bedarfe in Höhe von 9,0 Stellen über die sich gegebenenfalls summierenden vorliegenden Stelleneinrichtungsanträge hinausgehen und die Einrichtung von weiteren 7,0 Stellen bzw. 5,0 Stellen beantragen. Man halte die Einrichtung von insgesamt 9,0 Stellen für Schulsozialarbeit im Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45) vor dem Hintergrund der aktuellen

Situation an den hiesigen Schulen und zur Erfüllung der Aufgaben zum Wohle der Kinder für wichtig. Ihrer Einschätzung nach sei der jetzige Stellenplan so aufgestellt, dass trotz aller enthaltenen Begrenzungen Möglichkeiten bestünden, diese Stellen unterjährig finanzieren zu können. Letztendlich wisse man jedoch auch, dass man es wahrscheinlich nicht schaffen werde alle Stellen zu besetzen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) weist darauf hin, dass gegebenenfalls noch nachfolgende stellenrelevante Beschlussempfehlungen aus den Bezirksvertretungen einer Beratung im Finanzausschuss zugeführt würden.

Ratsfrau Begolli (DIE LINKE) bedankt sich insbesondere für die Übersichtlichkeit des Stellenplanes. Jede Stelle sei einzeln beschrieben und dies erleichtere der Politik seit Jahren die Durchsicht und erhöhe entsprechend die Nachvollziehbarkeit des Stellenplanes. Anknüpfen möchte sie an die Ausführungen von Ratsfrau Eschweiler bezugnehmend auf die Tischvorlage der Fraktion DIE LINKE zum Stelleneinrichtungsantrag für Schulsozialarbeit. Ihre Fraktion beantrage ebenfalls die Einrichtung von bzw. die Aufstockung auf insgesamt 9,0 Stellen für Schulsozialarbeit im Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45) gemäß den Bedarfsmeldungen der Schulen. Die Bedeutsamkeit von Schulsozialarbeit müsse an dieser Stelle nicht nochmals betont werden. Es sei vor allen Dingen wichtig, dass die Schulsozialarbeiter*innen täglich vor Ort seien. Denn gerade an Grundschulen bringe es gar nichts, wenn Konflikte aufgrund der Nichtanwesenheit von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern erst an Folgetagen gelöst werden könnten.

Des Weiteren beantrage ihre Fraktion die Einrichtung von 1,0 Stelle für die Kontrolle der Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Aachen im Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration (FB 56); es fehle hier an der Funktion eines Außendienstes. Es gebe zwar einen digitalen Leerstandsmelder zur freiwilligen Meldung von Leerständen durch Bürger*innen, Hausbesitzer*innen und Vermieter*innen, jedoch sei es noch wichtiger, dass ein*e Mitarbeiter*in durch die Straßen gehe, um entsprechende Nichtmeldungen von Leerständen festzustellen. Der Wohnraum in Aachen sei knapp und jede Wohnung, welche dem Wohnungsmarkt entzogen werde, sei eine Wohnung zu viel.

Ratsfrau Becker (DIE GRÜNEN) erläutert, dass die Große Koalition die Einrichtung von insgesamt weiteren 4,0 Stellen beantrage. Zum einen gehe es um die Einrichtung von 2,0 Stellen im Fachbereich Klima und Umwelt (FB 36), welche im Laufe des letzten Jahres im zuständigen Fachausschuss empfohlen worden seien. Beantragt werde hier die Einrichtung von 1,0 Stelle für Biodiversität in der Landwirtschaft und Ernährung zur Festigung und Weiterführung des bisherigen guten Netzwerkes und der Nachverfolgung von Projekten und die Einrichtung von 1,0 Stelle zur Förderung regenerativer Energien, welche auch im Zusammenhang mit dem Thema Windkraft und Einstein-Teleskop zu sehen sei.

Zum anderen gehe es, den Empfehlungsbeschlüssen aus den Sitzungen des Ausschusses für Schule und Weiterbildung und des Kinder- und Jugendausschusses folgend, um die Einrichtung von 2,0 Stellen für Schulsozialarbeit im Bereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45). Die Forderung zur Einrichtung von insgesamt 9,0 Stellen sei bekannt, man habe sich jedoch gemeinsam mit der SPD-Fraktion darauf

geeinigt, aktuell 2,0 Stellen für Schulsozialarbeit einzurichten. In diesem Kontext weise sie darauf hin, dass es ein altes Konzept zur Schulsozialarbeit aus dem Jahr 2012, welches jedoch einer Überarbeitung bedürfe, gebe. Um ein „Losgehen mit der Gießkanne“ zu vermeiden, beabsichtige man daher die Verwaltung mit der Überarbeitung des Konzeptes zu beauftragen. Mit der Einrichtung von 2,0 Stellen würden die bestehenden Bedarfe, bis zur Vorstellung des überarbeiteten Konzeptes und der damit einhergehenden Vorstellung der Bedarfsermittlung durch die Verwaltung in diesem Ausschuss, abgedeckt und entsprechend gesichert.

Ratsfrau Griepentrog (DIE GRÜNEN) führt ergänzend zu den zusätzlichen Hausmeisterstellen an Schulen aus, dass man an den Schulen, welche für die Durchführung von Veranstaltungen geöffnet würden, eindeutig die Bedarfe zur abendlichen Betreuung sehe. Die Hausmeister*innen seien bereits durch die Betreuung der Offenen Ganztagschulen und den daraus resultierenden Überstunden ein ganzes Stück weit an ihrem Limit. Aus vorgenanntem Grund bitte sie darum, dass die zusätzliche Betreuung der Schulen bei der Durchführung von abendlichen Veranstaltungen nicht auch noch den Schulhausmeister*innen als weitere Aufgabe obendrauf zugewiesen werde. Die Bedarfe würden gesehen, jedoch sehe sie bei den Schulhausmeisterinnen und Schulhausmeistern diesbezüglich keine Kapazitäten mehr. Sie schlage daher an dieser Stelle vor, dass mit einem Sperrvermerk gearbeitet und die Verwaltung mit der Findung von Lösungsansätzen an anderer Stelle zur Deckung der Bedarfe beauftragt werde.

Bezugnehmend auf die Einrichtung von Stellen für Schulsozialarbeit weise sie, auch unter dem Aspekt, dass es sich eigentlich um die Übernahme einer Landesaufgabe handele, darauf hin, dass es immer sehr einfach sei, jedes Jahr neue Stellenmehrbedarfe für Schulsozialarbeit zu fordern. Man habe bereits 2009 festgestellt, dass Schulsozialarbeit so sehr wachse und daraus resultierend die Erarbeitung eines Konzeptes notwendig geworden sei. Die Fertigstellung des Konzeptes erfolgte im Jahr 2012. Schulsozialarbeiter*innen seien jedoch keine Streitschlichter*innen. Ihre ursprünglichen Aufgabenfelder lägen unter anderem in der Jugendhilfe, in der Berufsberatung und in der Beratung bei familiären Problemstellungen; diese Tätigkeitsfelder seien auch so festgelegt worden. Zudem seien in den letzten 10 Jahren so viele weitere unterstützende Professionen, welche in dem bisherigen Konzept keine Berücksichtigung fänden, hinzugekommen, sodass eine konzeptionelle Überarbeitung erforderlich geworden sei. Aus vorgenannten Gründen nutze es daher sehr wenig, einfach nur 9,0 Stellen mehr zu fordern. Es bestehe daher vielmehr der mehrheitliche Wunsch des zuständigen Fachausschusses, dass das bestehende Konzept unter Berücksichtigung aller neuen wesentlichen Aspekte in diesem Jahr einer Überarbeitung unterzogen werde. Zwischenzeitlich könne mit der Einrichtung von 2,0 Stellen der bestehende Bedarf gedeckt werden. Sodann könnten im Rahmen des neuen Konzeptes im nächsten Jahr die tatsächlichen Bedarfe für Schulsozialarbeit festgestellt werden. Grundsätzlich wehre man sich selbstverständlich als Große Koalition nicht gegen die Einrichtung von zusätzlichen Stellen.

Ratsfrau Moselage (FDP) sei zunächst froh darüber, dass man in diesem Jahr -nach den hitzigen Diskussionen im letzten Jahr- wieder auf eine gemeinsame Arbeitsebene zurückkehren konnte.

Bei dem Themenfeld Bedarf von Hausmeister*innenstellen sehe man, dass es unrund laufe und eine Problemlösung nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe. Sie könne sich darauf einlassen, wenn die Verwaltung an diesem Themenfeld dranbleibe.

Ihre Fraktion sehe auch vor dem Hintergrund, dass die Schulen ihre Bedarfe sehr seriös berechnet hätten, den Bedarf zur Einrichtung von 9,0 Stellen für Schulsozialarbeit. Hier könne keinesfalls davon gesprochen werden, dass ein Gießkannenprinzip angewendet werde. Sie bitte daher darum, dass auch die Koalition der Einrichtung von insgesamt 9,0 Stellen Priorität gebe und man an dieser Stelle zusammenkommen könne. Es wäre schade, wenn man an diesem Punkt einen Dissens hätte.

Abschließend spreche sie der Verwaltung für die sehr gute und hilfreiche Aufbereitung des Stellenplanes ihren Dank aus.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) unterstreicht die Ausführungen von Ratsfrau Moselage. Auch ihre Fraktion empfinde es gerade nicht so, dass ein Gießkannenprinzip angewendet werde. Es gebe einen ausführlichen Bericht des Fachbereichs Kinder, Jugend und Schule (FB 45) zur Überprüfung der Bedarfsmeldungen der Schulen, welcher einen Bedarf von 9 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) für Schulsozialarbeit zum Ergebnis habe. Mit Blick darauf, dass im Prinzip die Schulen und die Verwaltung den Bedarf bereits festgestellt hätten, stelle sie sich an dieser Stelle die Frage, wie und mit welcher Manpower zum jetzigen Zeitpunkt noch ein neues Konzept erarbeitet werden solle. Es bedürfe vorab keines neuen Konzeptes. Das hierfür benötigte Jahr könnte den Schulen jetzt fehlen. Keine Schulleitung sei leichtfertig mit den Bedarfsmeldungen umgegangen und entsprechend würde eine Kürzung der Stelleneinrichtungen auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden. Inwieweit man letztendlich alle Stellen besetzt bekäme, sei ja auch erst einmal dahingestellt. Ihre Fraktion halte eine Nachlagerung der Stellen erst nach Erstellung des neuen Konzeptes im nächsten Jahr für nicht richtig. Sie bitte daher um Einrichtung der 9,0 Stellen für Schulsozialarbeit.

Bezüglich der Verortung von Hausmeisterstellen sei ihre Fraktion leidenschaftslos und belasse diese Festlegung in den Händen der Verwaltung. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45) halte jedoch zur besseren Abwicklung des Personaleinsatzes, beispielsweise im Rahmen von Vertretungsregelungen, eine Verortung in seinem Bereich für deutlich sinnvoller.

Gegen die Einrichtung von 1,0 Stelle zur Förderung regenerativer Energien, zu sehen auch im Zusammenhang mit dem Thema Windkraft und Einstein-Teleskop, bestünden, im Gegensatz zur Einrichtung von 1,0 Stelle für Biodiversität in der Landwirtschaft und Ernährung, keine Bedenken.

Frau Dautzenberg (SPD) spricht der Verwaltung für die tolle Vorlage, in welcher sehr viel Arbeit stecke, ihren Dank aus. Sie finde es, wie im letzten Jahr bereits vereinbart, gut und richtig, dass der Stellenplan 2024 mit Augenmaß aufgestellt worden sei. Kritisch merke sie an, dass Stellenaufwüchse in einem Fachbereich nicht immer generell bedeuteten, dass diese Stellen auch letztendlich alle immer besetzt würden. Es sei daher wichtig, dieses Themenfeld im Auge zu behalten. In der Bezirksvertretung habe man beispielsweise die Erfahrung gemacht, dass obwohl beim Fachbereich Stadtentwicklung, -planung

und Mobilitätsinfrastruktur (FB 61) im letzten Jahr große Stellenaufwüchse zu verzeichnen gewesen seien, nichtsdestotrotz Bezirksvertretungsanträge eine längere Bearbeitungszeit in Anspruch nähmen. Aus diesem Grund erwarte sie auch mit Spannung die Ausführung zu den noch folgenden Tagesordnungspunkten 5 „Bericht zur Personalsituation bei der Stadt Aachen“ und 6 „Personalgewinnung und -bindung - ZUSAMMEN.WACHSEN - Das Personalbindungskonzept der Stadt Aachen“.

Ratsfrau Parting (SPD) bedankt sich ebenfalls für die detaillierte Vorlage bei den Mitarbeitenden der Verwaltung; sie wisse dieses Aufarbeitungsformat sehr zu schätzen.

Zur Einrichtung von 1,0 Stelle für Biodiversität in der Landwirtschaft und Ernährung gebe es aus dem Oktober des letzten Jahres bereits eine Vorlage, in welcher die Einrichtung dieser Stelle verwaltungsseitig beantragt worden sei. Aufgrund des zeitlichen Bezuges hätte diese Stelle nicht mehr in die vorliegende Fassung des Stellenplanes 2024 einfließen können.

Im Rahmen der Einrichtung von Stellen für Schulsozialarbeit führt sie klarstellend zum Stelleneinrichtungsantrag der CDU-Fraktion aus, dass die Große Koalition den Empfehlungsbeschlüssen aus den Sitzungen des Ausschusses für Schule und Weiterbildung und des Kinder- und Jugendausschusses folgend nur die Einrichtung von 2,0 Stellen für Schulsozialarbeit im Bereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45) beantrage und es sich bei diesem Antrag nicht um einen darüberhinausgehenden Stelleneinrichtungsantrag von weiteren 2,0 Stellen handele.

Die Einrichtung von Schulhausmeisterstellen sei richtig und auch entsprechend von den Bezirken zurückgespiegelt worden. Die Einschätzung der bestmöglichen Verortung der Stellen könne selbstverständlich der Verwaltung überlassen werden.

Herr Pinzek (DIE ZUKUNFT) bedankt sich vorweg ebenfalls bei der Verwaltung für die Erstellung der Stellenplanvorlage. Auch seine Fraktion könne der vorgetragenen Argumentation zur Einrichtung von nur 2,0 Stellen für Schulsozialarbeit nicht ganz folgen. Es sei für ihn unverständlich, weshalb die 9,0 Stellen, auch wenn noch ein Konzept zu überarbeiten sei, nicht schon zum jetzigen Zeitpunkt eingerichtet werden könnten. Denn genau dieses eine Jahr entstehe als Lücke. Grundsätzlich stehe man der Überarbeitung des Konzeptes offen gegenüber; dies könne durchaus sinnvoll sein. Wie auch schon mehrfach angesprochen, könnten zwar nicht alle gesellschaftlichen Probleme einfach über Schulsozialarbeit gelöst werden. Jedoch könne im Rahmen der Schulsozialarbeit dafür Sorge getragen werden, dass viele gesellschaftliche Probleme erst gar nicht entstünden. Aus diesem Grund handele es sich bei der Schulsozialarbeit um ein sehr wichtiges Aufgabenfeld.

Ein weiteres Augenmerk liege auf dem Fachbereich Bauaufsicht (FB 63), in welchem es auch aufgrund des Krankenstandes viele nicht besetzte Stellen gebe. Seine Fraktion schlage in diesem Kontext vor, die technischen Sachbearbeitungsstellen dem Bewertungsgefüge vergleichbarer Stellen im Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur (FB 61) anzupassen, da zur Ausübung dieser Tätigkeit jeweils die gleiche Ausbildung benötigt werde, jedoch das Gehaltsniveau auseinanderdrifte.

Ratsfrau Begolli (DIE LINKE) betont nochmals, dass es sich bei der Einrichtung von 9,0 Stellen für Schulsozialarbeit nicht um eine fraktionelle Forderung handle, sondern sich der Bedarf von 9,0 Stellen aus der verwaltungsseitigen Vorlage „Mitteilung über die Stellenbedarfe der Schulsozialarbeit für das Jahr 2024“ ergebe, welche sowohl dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung als auch dem Kinder- und Jungendausschuss bereits beratend vorgelegen habe. Jedes Jahr führe man eine Diskussion bezüglich der Schulsozialarbeit; jedes Jahr würden die Stellen für Schulsozialarbeit nicht bedarfsdeckend eingerichtet und aufgrund von bekannten Besetzungsverzögerungen bereits beschlossener Einrichtungsanträge hinke man jedes Jahr hinterher. Um diesem Umstand endlich einmal Rechnung tragen zu können, sollten die vorliegenden Bedarfsmeldungen der Schulleitungen gedeckt und die Stellen entsprechend eingerichtet werden. In diesem Kontext sei gegebenenfalls auch das Stellenbesetzungsverfahren zu überdenken. Abschließend weise sie auf vorliegende Expertisen hin, dass bei Nichteinrichtung von 9,0 Stellen wenigstens jedoch weitere 5,0 Stellen einzurichten wären, damit an jeder Schule täglich Schulsozialarbeit stattfinden könne.

Ratsfrau Becker (DIE GRÜNEN) gibt an dieser Stelle ergänzend zu Protokoll, dass die Empfehlung zur Einrichtung von 1,0 Stelle für Biodiversität in der Landwirtschaft und Ernährung im Rahmen des Haushalts- und Stellenplanverfahrens 2024 im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz einem einstimmigen Beschluss zugeführt worden sei.

Ratsherr Palm (AFD) führt aus, dass seine Position, wenn es um Personalaufblähung gehe, klar sei. Hier sei man seit Jahren dagegen. Der Stellenplanvorlage könne entnommen werden, dass seit 2018 über 1000 neue Mitarbeitende bei der Stadtverwaltung Aachen eingestellt worden seien. Irgendwann müsse man sich jedoch ein bisschen „am Riemen reißen“ um die Situation in den Griff zu bekommen.

Bei der Position Schulsozialarbeit handle es sich um ein ernstzunehmendes Themenfeld und daher werde seine Fraktion gerne für die Einrichtung von 9,0 Stellen für Schulsozialarbeit stimmen. Gleiches gelte auch für den Bereich des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes. Bestehende Sorgen und Nöte der Bevölkerung seien ebenso ernst zu nehmen, und daher stimme seine Fraktion der Stelleneinrichtungsempfehlung des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung (FB 32) in beantragter Höhe zu.

Die Einrichtung einer 0,5 Schulhausmeisterstelle befürworte er ebenso. Beispielsweise könne die Multifunktionshalle am Brander Marktplatz, für deren Entstehung ein hoher Betrag bereitgestellt worden sei, de facto mangels städtischen Personals nicht genutzt werden. Die Verantwortung zur Übernahme hausmeisterlicher Tätigkeiten könne auch nicht auf die Vereine übertragen werden. Die Einrichtung dieser 0,5 Schulhausmeisterstelle sei daher unerlässlich und er plädiere sehr für ihre Einrichtung.

Ratsfrau Griepentrog (DIE GRÜNEN) nimmt im Rahmen ihrer Funktion als Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Schule und Weiterbildung nochmals Bezug zu vorangegangenen Ausführungen zur Schulsozialarbeit. Es sei in keinsten Weise so, dass man die Bedürfnisse in diesem Ausschuss nicht ernst nehme; dies weise sie wirklich zurück. Im letzten Jahr sei eine Aufstockung der Stellen erfolgt, da die

Bedarfe gesehen worden seien. Es könne jedoch angesichts der verschiedensten Schulvarianten nicht das Ziel in der heutigen Sitzung sein, zu sagen, dass jede Schule eine*n Schulsozialarbeiter*in benötige. Zudem befürworte sie eine Verlagerung der Diskussion aus dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung in die heutige Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses nicht, da die Expertinnen und Experten im zuständigen Fachausschuss säßen. Wie bereits deutlich gemacht, hätten viele weitere hinzugekommene und entsprechend unterstützende Professionen und damit einhergehend sich verändernde Bedarfe und Aufgaben in dem bisherigen Konzept noch keine Berücksichtigung gefunden. Diesem Umstand müsse in der Überarbeitung nun Rechnung getragen werden.

Daneben sei die Verwaltung nur dem Wunsch in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse Schule und Weiterbildung sowie Kinder- und Jugend nachgekommen, die Bedarfe an den Schulen abzufragen. Eine inhaltliche Prüfung der Bedarfsmeldungen durch die Verwaltung, unter anderem bezugnehmend auf Schülerzahlen und Sozialräume, sei noch nicht erfolgt und auch darauf würde man gerne noch warten.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) merkt an, dass man auch im Ausschuss für Kinder und Jugend nicht einstimmig der Auffassung gewesen sei, dass nur 2,0 Stellen für Schulsozialarbeit eingerichtet werden sollten. Es habe letztendlich dieselbe und gegebenenfalls noch intensivere Diskussion über den Stelleneinrichtungsumfang stattgefunden. Gemäß der Verwaltungsvorlage „Mitteilung über die Stellenbedarfe der Schulsozialarbeit für das Jahr 2024“ sei es eben nicht nur bei der Feststellung der angemeldeten Bedarfe der Schulen geblieben. Die Verwaltung sei in den Austausch mit den Schulleitungen gegangen und habe gemeinsam die Bedarfe ermittelt und im Anschluss sei der Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45) zu der Annahme gekommen, dass weitere 9,0 Stelle für Schulsozialarbeit benötigt würden. Die Diskussion über die Einrichtung von nur 2,0 Stellen käme eher einem „Gießkannenprinzip“ nahe und sei für die Schulleitungen ein „Schlag ins Gesicht“. Sie könne sich nicht vorstellen, wie mit der Einrichtung von nur 2,0 Stellen die nachweislichen Bedarfe befriedigt werden könnten. Zudem glaube sie nicht, dass eine Verringerung der Bedarfe eintrete, wenn nochmals eine Studie, durch welche jedoch auch wieder Personal gebunden werde, durchgeführt würde. Den Kindern müsse jetzt geholfen werden und daher die eindringliche Bitte, ob nicht zumindest einem Teil der 9,0 Stellen zugestimmt werden könne. Auch in anderen Bereichen würden gegebenenfalls noch Vakanzen auftreten, sodass es bestimmt noch einen Spielraum innerhalb des Stellenplanes 2024 gebe, um eine Finanzierung dieser 9,0 Stellen sicherstellen zu können. Wenn eine Entscheidung heute nicht getroffen werden könne, wäre auch eine Verschiebung der Beschlussfassung, gegebenenfalls auch zur zwischenzeitlichen Findung von Refinanzierungsmöglichkeiten, bis zum bündelnden Finanzausschuss möglich.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) leitet, nachdem keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, das Abstimmungsverfahren ein:

CDU / DIE LINKE

Stelleneinrichtungsantrag: Einrichtung von 9,0 (7,0 + 2,0) Stellen für Schulsozialarbeit im Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45)

Der Personal- und Verwaltungsausschuss lehnt den Stelleneinrichtungsantrag bei 8 Zustimmungen ab.

SPD / DIE GRÜNEN / Ausschüsse für Schule und Weiterbildung sowie Kinder- und Jugend

Stelleneinrichtungsantrag: Einrichtung von 2,0 Stellen für Schulsozialarbeit im Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45)

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den Stelleneinrichtungsantrag einstimmig.

Bezirksvertretung Aachen-Brand

Stelleneinrichtungsantrag: Einrichtung von 0,5 Stellen(anteilen) zur Betreuung von Veranstaltungen in städtischen Liegenschaften (insbesondere Schulen)

CDU

Stelleneinrichtungsantrag: Einrichtung von 1,5 Stellen(anteilen) zur Betreuung von Veranstaltungen in städtischen Liegenschaften (insbesondere Schulen)

Im Rahmen eines kurzen Austausches und dem Hinweis, dass die aus dem Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45) vorgestellten Bedarfe im Vorfeld nicht mit dem Fachbereich Personal und Organisation (FB 11) rückgekoppelt wurden, besteht Konsens, in der heutigen Sitzung keinen abschließenden Beschluss über die in Rede stehenden Stelleneinrichtungsanträge zu fassen. Die Verwaltung erhält den Auftrag, den Bedarf bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses (05.03.2024) zu prüfen.

SPD / DIE GRÜNEN / Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Stelleneinrichtungsantrag: Einrichtung von 1,0 Stelle zur Förderung regenerativer Energien im Fachbereich Klima und Umwelt (FB 36)

Nach Klärung einer Verständnisfrage beschließt der Personal- und Verwaltungsausschuss den Stelleneinrichtungsantrag mit 11 Zustimmungen bei 6 Gegenstimmen.

Stelleneinrichtungsantrag: Einrichtung von 1,0 Stelle für Biodiversität in der Landwirtschaft und Ernährung im Fachbereich Klima und Umwelt (FB 36)

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den Stelleneinrichtungsantrag mit 11 Zustimmungen bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen.

DIE LINKE

Stelleneinrichtungsantrag: Einrichtung von 1,0 Stelle für die Kontrolle der Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Aachen im Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration (FB 56)

Der Personal- und Verwaltungsausschuss lehnt den Stelleneinrichtungsantrag bei 1 Zustimmung und

1 Enthaltung ab.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den nachfolgend geänderten Beschluss mit 16 Zustimmungen bei 1 Gegenstimme.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss vorbehaltlich weiterer Beschlüsse dem Rat der Stadt, den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 auf der Grundlage der dezernats- und fachbereichsbezogenen Darstellung der Veränderungen zum Stellenplanentwurf 2024 mit folgenden Ergänzungen zu beschließen:

Einrichtung von 2,0 Stellen für Schulsozialarbeit im Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45)

Einrichtung von 1,0 Koordinierungsstelle für nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung im Fachbereich Klima und Umwelt (FB 36)

Einrichtung von 1,0 Stelle zur Förderung regenerativer Energien im Fachbereich Klima und Umwelt (FB 36)

Zudem nimmt der Personal- und Verwaltungsausschuss die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2024 zur Kenntnis.

zu 4 Haushaltsplanberatungen 2024

Vorlage: FB 11/0172/WP18

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) weist die Mitglieder des Ausschusses vorab auf die Tischvorlage der Fraktion DIE ZUKUNFT hin.

Antrag zur Mittelbereitstellung: Taubenschlag

Veränderung 2024	Veränderung 2025	Veränderung 2026	Veränderung 2027
20.000 € (investiv)			

Herr Pinzek (ZUKUNFT) führt erläuternd aus, dass es sich bei den in Rede stehenden Taubenschlägen um ein Projekt handele. Es gebe bereits 4 Taubenschläge, in welchen die Taubeneier gegen Eier aus Gips zur Populationskontrolle unter Beachtung des Tierwohls ausgetauscht würden. Die Bereitstellung der Haushaltsmittel in vorgenannter Höhe würde zur Einrichtung weiterer Taubenschläge bevorzugt am Hauptbahnhof und am Uniklinikum verwendet werden.

Ratsfrau Parting (SPD) bedankt sich für die gute Idee. Sie halte dies für einen guten Ansatz zur Eindämmung dieses Problemfeldes und entsprechend werde man dem Antrag gerne folgen.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den Antrag zur Mittelbereitstellung „Taubenschlag“ mit 16 Zustimmungen bei 1 Enthaltung.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den nachfolgend geänderten Beschluss mit 16 Zustimmungen bei 1 Gegenstimme.

Beschluss:

Ausschuss	Gegenstand der Beratung
Personal- und Verwaltungsausschuss	Produkt 010401, 010402, 010603, 010604, 010801 bis 010807, 011002, 011003, 011101, 011901 bis 011906, 020101, 020201, 020702, 021001, 021101 und 021401 sowie die zentral von FB 11 veranschlagten Personal- und Versorgungsaufwendungen

Der Personal- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die Teilergebnispläne bzw. die Teilfinanzpläne sowie die Produktblätter der oben genannten Produkte und die von FB 11 zentral veranschlagten Aufwendungen bzw. Auszahlungen für Personal und Versorgung entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2024 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung für den Haushalt 2024 zuzüglich der vorweg aufgeführten ergänzenden Veränderung zu beschließen.

zu 5 Bericht zur Personalsituation bei der Stadt Aachen

Vorlage: FB 11/0171/WP18

Einleitend bedankt Herr Dr. Kremer (Dezernat V) sich für die positive Resonanz auf den Stellenplanentwurf 2024. Dies drücke auch das politische Vertrauen in die Verwaltung aus. Den an der Entwurfserstellung beteiligten Mitarbeitenden inklusive der Gleichstellungsstelle wie auch dem Personalrat täte die Anerkennung ihrer Arbeit gut und motiviere natürlich.

Nachfolgend führt Herr Dr. Kremer (Dezernat V) aus, dass er den Mitgliedern des Ausschusses die derzeitige Personalsituation bei der Stadt Aachen im Rahmen einer Präsentation, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt werde, vorstelle. Im Rahmen seines Vortrages spreche er in diesem Jahr Schwerpunktthemen an, auf welchen aktuell der verwaltungsseitige Fokus liege. Die Themenfelder seien nicht abschließend und daher nehme er im Anschluss gerne weitere Wortmeldungen entgegen. Der Vortrag gliedere sich in drei Abschnitte. Der erste Abschnitt beschäftige sich mit einem kurzen Rückblick auf die Herausforderungen des Jahres 2023 in ausgewählten Fokusbereichen und deren Umsetzungskurs. Im zweiten Abschnitt berichte er über den aktuellen Stand (02/2024) ausgewählter Kennzahlen und anschließend wage er einen Ausblick auf die anstehenden Themenfelder, mit welchen sich die Verwaltung in diesem Jahr schwerpunktmäßig beschäftigen werde.

Im Anschluss bedankt sich Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) bei Herrn Dr. Kremer für den gehaltenen Vortrag zur aktuellen Personalsituation bei der Stadt Aachen.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) spricht Herrn Dr. Kremer ebenfalls ihren Dank aus. Sie merke an dieser Stelle an, dass neben einer Stellenvakanzquote von 10 % zusätzlich 10 % der städtischen Mitarbeitenden erkrankt seien und somit bei der Erledigung der täglichen Arbeit ein Personaldefizit von insgesamt 20 % bestehe. $\frac{1}{5}$ der städtischen Mitarbeitenden fehlten somit nur unter normalen Umständen, Pandemiezeiten einmal auslassend. Bezugnehmend auf die Bezirksämter sei die Personaldecke bei Anwesenheit aller Mitarbeitenden zwar auskömmlich, jedoch schlugen hier bei einem Stellenumfang von je 8,0 bis 10,0 Stellen bereits 2 Abwesenheiten, gegebenenfalls teilweise aufgrund von Langzeiterkrankung, bereits deutlich ins Kontor. Sie äußere daher den Wunsch, dass zur Überbrückung bestehender Vakanzen in diesem Bereich für Mitarbeitende, welche seit vielen Jahren in Teilzeit arbeiteten, Angebote hinsichtlich temporärer Stundenaufstockungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Ferner bitte sie um Mitteilung, wie viele von den 124 Auszubildenden, welche ihre Ausbildung abgeschlossen hätten, auch gehalten werden könnten.

Zum Thema „Stufenausbildung bei der Feuerwehr“ betone sie auch im Namen ihrer Fraktion noch einmal die Wichtigkeit, dass die Verwaltung hier auch aufgrund des großen Mangels im Handwerk immer in Abstimmung mit den Handels- und Handwerkskammern agiere. Gebe es diesbezüglich entsprechende Austauschformate und wie sehe die Reaktion der Handels- und Handwerkskammern aus?

Abschließend weise sie an dieser Stelle darauf hin, dass in der heutigen Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses nicht die Teilung des Fachbereichs Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur (FB 61) auf den Weg gebracht worden sei, sondern im Rahmen der Stellenplanberatung 2024 vielmehr über die sich in diesem Kontext ergebenden Stelleneinrichtungen abgestimmt worden sei.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) führt zunächst zur letzten Einlassung aus, dass es sich um einen Rückblick auf Beschlüsse aus dem letzten Jahr gehandelt habe und er nur zur Erläuterung der Kennzahl „Anzahl einstimmig beschlossener Tagesordnungspunkte“ beispielhaft das Abstimmungsergebnis zum Tagesordnungspunkt „Bildung des Fachbereiches Mobilität und Verkehr (FB 68) bei gleichzeitiger Teilung des Fachbereiches Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur (FB 61)“ aufgeführt habe, da dieser Beschluss letztjährig aufgrund von Unstimmigkeiten zur Auswirkung des Haushaltsvorbehaltes auf den Entstehungstermin des neuen Fachbereiches nicht einstimmig, sondern mit 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung gefasst worden sei.

Der Lösungsansatz zur Überbrückung bestehender Vakanzen in den Bezirksämtern sei eine gute Idee und entsprechend nehme er diese Anregung gerne mit.

Zur Anzahl der Übernahmen nach Ausbildungsabschluss ließe sich sagen, dass alle 124 Auszubildenden nach ihrem Abschluss auch ein Übernahmeangebot erhalten hätten. Jedoch könnten -wie in jedem Jahr- nicht alle Auszubildenden gehalten werden. Den ergänzenden Ausführungen von Frau Krott (FB 11/230) entnehmend, hätten circa 15 bis 20 Auszubildende das Übernahmeangebot nicht angenommen. Die

Kennzahl werde mit dem gewünschten Parameter erneut erhoben und entsprechend im Rahmen der mitversandten Präsentation ergänzend in Klammern beigefügt.

Ratsfrau Becker (DIE GRÜNEN) bedankt sich ebenfalls für das erhaltende Potpourri an Themen, Zahlen, Daten und Fakten. Sie habe zu einzelnen Ausführungen ein paar Detailfragen. Entnommen habe sie dem Vortrag, dass die Verwaltung im letzten Jahr 7 Organisationsuntersuchungen durchgeführt habe. Sie bitte um Mitteilung, welche Organisationsuntersuchungen konkret für dieses Jahr in der Planung seien.

Um die Anzahl von 450 Weggängen besser einordnen zu können, bitte sie um eine detaillierte Aufschlüsselung dieser Kennzahl. Handelt es sich hier vergleichsweise um eine übliche Fluktuationsrate?

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) erläutert zur letzteren Anfrage, dass ungefähr $\frac{1}{3}$ der Weggänge auf demographische Gründe zurückzuführen seien. Die anderen Wechsel erfolgten aufgrund des fluiden Arbeitsmarktes. Die Verwaltung führe jeweils Austrittsinterviews durch und nur in sehr seltenen Fällen führe eine Unzufriedenheit mit der Arbeitgeberin Stadt Aachen zu einem Weggang. Diese gebe es natürlich auch. Der ganz große Teil wechsele jedoch, weil sich Anzahl und Qualität der Stellenangebote und Karrieremöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt gegenüber den Vorjahren sehr unterschieden. Aus diesem Grund habe man, auch befördert durch das Thema „mobile Arbeit“, die Situation, dass Menschen nicht ein ganzes Berufsleben lang bei derselben Verwaltung blieben, jedoch gegebenenfalls nach ein paar Jahren auch wieder den Weg zur Stadt Aachen zurück fänden. Aus vorgenannten Gründen steige entsprechend die Fluktuationsrate; man befinde sich jedoch hier in einem ganz normalen Rahmen.

In diesem Jahr stünden in sehr vielen Bereichen Organisationsuntersuchungen an. Beispielhaft und nicht abschließend aufgeführt seien hier die Fachbereiche 11 / 23 / 45 / 52 / 60 / 61.

Ratsfrau Moselage (FDP) unterstreicht mit Hinweis auf die rückblickenden Ausführungen, dass diese so positiv ausfielen, hänge vor allen Dingen auch an den handelnden Personen in den jeweiligen Fachbereichen und es gelte an dieser Stelle, diesen noch einmal explizit dafür zu danken.

Sie bitte zur Höhe der Bewerbungs- und Verfahrenszahl um Mitteilung, wie viele von den 4429 Bewerbungen tatsächlich in den 394 Auswahlverfahren berücksichtigt worden seien und wie hoch die Durchfallquote bei dieser großen Anzahl von Bewerbungen sei. Zudem sei es für sie von Interesse, ob Bewerbende eine 2. Chance erhielten, wenn ihre Ergebnisse nur knapp unter den Anforderungen lägen.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) bittet um Verständnis, dass ihm aktuell im Rahmen dieser Sitzung differenziertere Auswertungen zu diesen beiden Kennzahlen nicht vorlägen. Die Verwaltung bereite die gewünschten Zahlen auf und reiche sie den Fraktionsgeschäftsstellen selbstverständlich gerne nach.

Herr Lennartz (FB 11/000) führt ergänzend zum Umgang mit Bewerbenden, welche knapp unter dem Schnitt lägen, aus, dass es Teil der Strategie sei, diese auf Verbesserungspotentiale und weitere in Frage kommende Stellenausschreibungen hinzuweisen. Zudem gehe der Fachbereich Personal und

Organisation (FB 11) regelmäßig aktiv auf gute Nachplatzierte, erst recht bei absehbaren weiteren Vakanzen oder passenden beabsichtigten Stellenausschreibungen, zu. Insbesondere auch bei schwierig zu besetzenden Stellen würde man diesen Personenkreis stets weiter im Auge behalten.

Ratsherr Lübben (DIE GRÜNEN) bedankt sich für den Vortrag. Im Kontext der Ausführungen zur Neufassung der Fachkräftenrichtlinie stelle sich ihm die Frage, inwieweit diese Neufassung auch zu einer Erleichterung bzw. Flexibilisierung bei der adäquaten Einstufung von Quereinsteigenden führe.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) merkt an, dass zur Neufassung der Fachkräftenrichtlinie der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) nunmehr entsprechende Handreichungen des kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV NW) zur Umsetzung vorlägen. Transparente städtische Regelungen hierzu würden derzeit erarbeitet. Insgesamt ließe sich zum Thema „Quereinstieg“, wie bereits schon gehört, berichten, dass rund 50 % der Stellen durch Quereinsteigende besetzt würden. Dies könne als Indiz gesehen werden, dass offensichtlich am Ende die bisher vorgenommenen Einstufungen schon sehr ordentlich seien. Die stetige Steigerung der Zahl verwaltungsfremder Quereinsteiger*innen habe dazu geführt, dass auch der KAV NW sich immer mehr mit diesem Themenfeld beschäftige und sich zuletzt für eine Öffnung entschieden habe. Es gebe jedoch weiterhin einen riesigen Spagat zwischen den kommunalen Interessensfeldern.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 6 Personalgewinnung und -bindung -

ZUSAMMEN.WACHSEN - Das Personalbindungskonzept der Stadt Aachen

Vorlage: FB 11/0170/WP18

Einleitend führt Herr Lennartz (FB 11/000) aus, dass er sich freue, heute gemeinsam mit Frau Spiegelberg (FB 11/220) das neue Personalbindungskonzept vorstellen zu dürfen. Im Rahmen der Präsentation, welche der Niederschrift ebenfalls als Anlage beigefügt werde, werde man die Mitglieder des Ausschusses gerne beginnend mit einem Rückblick auf das Jahr 2018, in welchem die konzeptionelle Bindungsarbeit startete, durch die Highlights des jetzigen Konzeptes mitnehmen und hintergründige Gedanken zur Prozessentwicklung und strukturellen Rahmenbedingungen erörtern.

Im Anschluss bedankt sich die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau Begolli (DIE LINKE) für den von Frau Spiegelberg und Herrn Lennartz gehaltenen Vortrag zum Personalbindungskonzept der Stadt Aachen.

Frau Dautzenberg (SPD) bedankt sich für den sehr interessanten Vortrag. Es stelle sich ihr die Frage, inwieweit die Verwaltung über das Instrument eines strukturierten jährlichen Leistungs- und Entwicklungsdialogs zwischen Führungskräften und Mitarbeitenden verfüge.

Frau Spiegelberg (FB 11/220) erläutert, dass es eine Dienstvereinbarung gebe, in welcher die jährliche Durchführung mindestens eines Zielvereinbarungs- bzw. Mitarbeitendengesprächs vorgeschrieben werde. Tatsächlich werde dieses Instrument aktuell auch noch einmal im Rahmen der Entwicklungs- und Performancekultur neu gedacht. Zukünftig soll dieses Themenfeld eine andere Prägung erhalten, welche den Fokus nicht auf die Zielvereinbarung, sondern stärker auf die Qualität und Ausrichtung der eigenen Arbeit sowie die Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeitenden lege.

Frau Dautzenberg (SPD) erkundigt sich ergänzend, ob es zudem ein jährliches Beurteilungssystem gebe.

Herr Lennartz (FB 11/000) betont, dass hier eine Differenzierung zwischen Beamtinnen und Beamten und Beschäftigten vorgenommen werden müsse. Bei Beamtinnen und Beamten sei die Beurteilung ein gesetzlich vorgegebenes Instrument, das in regelmäßigen Rhythmen vorgesehen sei. Bei den Beschäftigten gebe es hingegen kein streng reglementiertes System analog dem Beurteilungssystem für Beamtinnen und Beamte. Jedoch verfüge man hier über verschiedene Gesprächsformate, in welchen Leistungen und erreichte Ziele einer Reflektion zugeführt werden sollten. Tatsächlich wolle man jedoch auch an dieser Stelle noch einmal in neuen Ansätzen denken.

Frau Dautzenberg (SPD) merkt an, dass es ihr in diesem Kontext eher um das Themenfeld Personalentwicklung gehe, welches sich sehr gut mit den jährlichen Mitarbeitendengesprächen verbinden lasse, da es ganz stark den Fokus auf Ergebnisplanungen lege. Bei ihrer eigenen Arbeitgeberin gebe es eine ganz neue Idee, welche sich „Initiative zeigen“ nenne. Mitarbeitende könnten sich unverbindlich bei der Personalberatung, beispielsweise zu den Möglichkeiten der eigenen Weiterentwicklung, beraten lassen. Die Idee, zukünftig jedem Fachbereich eigens zugewiesene Personalentwickelnde zur Verfügung zu stellen, sei daher nur folgerichtig. In Verbindung mit einem guten Führungskräfteverständnis könne dies zu einer höheren Mitarbeitendenzufriedenheit führen. Zudem könnten aus regelmäßigen Mitarbeitendenbefragungen sehr gute Erkenntnisse herausgezogen, entsprechend weiterentwickelt und vorangetrieben werden.

Abschließend habe sie noch eine Anmerkung zum Onboarding-Prozess. Hier sei es aufgrund der Konkurrenz zu anderen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern wichtig, dass man gerade bei externen Rekrutierungen bereits in den ersten Kontaktaufnahmen bzw. Auswahlgesprächen versuche, frühzeitig das Thema „Weshalb bin ich als Arbeitgeber*in für dich interessant?“ aufzugreifen. Dies könne gegebenenfalls schon hilfreich sein, einen Absprung zu einer*m anderen Arbeitgeber*in zu verhindern. Hier sei das Stichwort „Rekrutierung auf Augenhöhe“.

Frau Spiegelberg (FB 11/220) berichtet, dass dies selbstverständlich, wie bereits von Herrn Lennartz kurz erwähnt, im Themenfeld Preboarding verankert werde, auf welches man aufgrund der ausgewählten Präsentationsausrichtung in der heutigen Sitzung jedoch inhaltlich nicht näher eingegangen sei.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Begolli (DIE LINKE) weist an dieser Stelle, auch mit Blick auf den fortgeschrittenen zeitlichen Rahmen, darauf hin, dass allen Mitgliedern des Ausschusses die ausführliche Vorlage inklusive des über 40-seitigen Personalbindungskonzeptes in der letzten Woche zugegangen sei.

Sollten sich im Nachgang zur heutigen Sitzung nun noch weitere Fragen ergeben, könnten diese gegebenenfalls im Rahmen einer der nächsten Sitzungen angesprochen werden.

Ratsherr Lübben (DIE GRÜNEN) erläutert zu den ganzen „neumodischen“ Begrifflichkeiten vorweg, dass es mittlerweile unter den Führungskräften auch sehr viele gebe, die gar nicht die Ambitionen zu einer Weiterentwicklung in sich trügen und mit ihrem Job zufrieden wären. Manche Mitarbeitende müsste man auch einfach damit zufriedenstellen, dass sie ihre Arbeit so erledigen dürften wie bisher. Neben dem weigere er sich den Begriff „Onboarding“ zu nutzen; für ihn heiße es immer noch Einstiegsbegleitung. Das vorgestellte Kompetenzmodell halte er für extremst ambitioniert und es sei für ihn nur schwer vorstellbar, dass dies wie angestrebt funktioniere.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) betont, dass es die Verwaltung erfreue, dass seitens der Politik auch die vielen Herausforderungen im Rahmen des Personalbindungskonzeptes gesehen würden. Es sei schön, dass man sich auf diesem hohen Niveau so austauschen könne. Bei weiterem Gesprächsbedarf biete er gerne an, dass die mit diesen Themenfeldern betrauten Kolleginnen und Kollegen im Nachgang zur heutigen Sitzung für die Fraktionen zur Verfügung stünden.

Abschließend merkt Frau Dautzenberg (SPD) an, dass Digitalisierung auch ein gutes Stichwort sei, wenn die Mitarbeitenden über ein System verfügten, in welchem sie ihre eigenen Daten, beispielsweise Sprachkenntnisse, selber pflegen könnten und dieses System zusätzlich über entsprechende Filterfunktionen verfüge.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau Begolli (DIE LINKE) nimmt das Angebot zu einem intensiveren Fachaustausch bei weiterem Bedarf seitens der Politik noch einmal auf und schließt mit einem Dank an die Fraktionen und die Vortragenden diesen Tagesordnungspunkt ab.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt, entsprechend dem Vorlagenbeschluss, das Teilkonzept der Verwaltung „ZUSAMMEN.WACHSEN – Das Personalbindungskonzept der Stadt Aachen“ zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt das Teilkonzept der Verwaltung „ZUSAMMEN.WACHSEN – Das Personalbindungskonzept der Stadt Aachen“ zur Kenntnis.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

Besichtigung der neuen Räumlichkeiten des Servicecenters Call Aachen

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) merkt an, dass das Servicecenter Call Aachen zwischenzeitlich die neuen Räumlichkeiten in der Aureliusstraße 2 bezogen habe. Eine Besichtigung dieser Räumlichkeiten sei sehr lohnenswert. Aus diesem Grund lade er die Mitglieder des Ausschusses sehr gerne, wie in der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 01.06.2023 bereits von Frau Kuca angeboten, zu einer Besichtigung ein. Auch die Mitarbeitenden würden sich sehr über einen Besuch der Ausschussmitglieder

freuen. Bezüglich einer einvernehmlichen Terminfindung, möglicherweise im Vorfeld einer der nächsten Sitzungen, werde die Verwaltung mit den Fraktionsgeschäftsführungen in Kontakt treten.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau Begolli (LINKE) nimmt das Angebot zur Besichtigung des Servicecenters Call Aachen gerne an.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau Begolli (LINKE) schließt die Sitzung um 19:50 Uhr.

Annika Fohn
Ausschussvorsitzende

Kerstin Bläsius
Schriftführerin

gesehen:

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin